

II-3374 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 1681 J

1982 -01- 28

A N F R A G E

der Abgeordneten DKFM.BAUER, DR.FRISCHENSCHLAGER, DVW.JOSSECK
an den Herrn Bundesminister für Finanzen
betreffend organisatorische Unzukömmlichkeiten in verschiedenen
Finanzämtern

Im VIERTEN BERICHT DER VOLKSANWALTSCHAFT AN DEN NATIONALRAT
wurde betreffend den Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums
für Finanzen auf Seite 109 u.a. folgendes ausgeführt:

"Organisatorische Unzulänglichkeiten waren es auch, die von
Beschwerdeführern insbesondere vor dem Ablauf bestimmter Fristen
bei Finanzämtern festgestellt wurden. Aufgrund der für viele
Bürger nicht mehr durchschaubaren gesetzlichen Regelungen über
Zuständigkeiten, aber auch des materiellen Rechtes, haben diese
Bürger das Bedürfnis, ihre Anträge bei der Finanzbehörde persönlich
abzugeben, um dabei notwendige Rückfragen stellen zu können.
Dazu kommt, daß die Bearbeitungsdauer bei schriftlichen Eingaben
oft einen langen Zeitraum in Anspruch nimmt und durch eine nicht
rechtzeitig wahrgenommene Unzuständigkeit Ansprüche verloren gehen.
In diesem Zusammenhang wurde Beschwerde darüber geführt, daß
sowohl die örtlichen Gegebenheiten an bestimmten Finanzämtern als
auch die Wartezeiten unzumutbar seien. Die Volksanwaltschaft
konnte sich von der Berechtigung dieser Beschwerden durch Lokal-
augenscheine überzeugen. Neben räumlichen Unzukömmlichkeiten
mußte die Volksanwaltschaft feststellen, daß auch die angegebenen
Zeiten des Parteienverkehrs insofern nicht der Realität entsprachen,
da - ohne daß dies geeignet bekannt gemacht wird - bereits vor
7.00-Uhr früh Nummern an die Wartenden vergeben werden. Der im

- 2 -

Vertrauen auf die verlautbarte Parteienverkehrszeit (8.00 bis 12.00 Uhr) später erscheinende Steuerpflichtige muß oft un verrichteter Dinge wieder heimkehren. Dazu kommt, daß z.B. die Lohnsteuerstelle des Finanzamtes Wien 3, Vordere Zollamtsstraße, über keine Einlaufstelle verfügt und der Antragsteller sich zum nächsten Finanzamt in den 2. Bezirk bemühen muß, möchte er eine Eingangsbestätigung seines Anbringens erhalten. Die Volksanwaltschaft ist der Auffassung, daß derartige organisatorische Mißstände dringend der Abhilfe bedürfen und wird die Lösung des Problems im Auge behalten".

Unter Bezugnahme auf diese Ausführungen richten die unterzeichneten Abgeordneten an den Herrn Bundesminister für Finanzen die

A n f r a g e :

Was wurde mittlerweile im einzelnen unternommen, um die von der Volksanwaltschaft kritisierten organisatorischen Mißstände zu beseitigen?

Wien, 1982-01-28